

Blickpunkt Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

während wir in Deutschland über Reformen diskutieren, verschieben sich weltweit politische und wirtschaftliche Machtverhältnisse. Der Blick nach Peking hat in diesen Tagen gezeigt, wie eng Außenpolitik, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke miteinander verbunden sind. Deutschlands Einfluss in der Welt hängt auch davon ab, wie stark und wettbewerbsfähig unsere Wirtschaft ist.

Gerade deshalb geht es bei Wachstum nicht um abstrakte Zahlen, sondern um konkrete Fragen für Familien, Beschäftigte und Unternehmen. Hohe Kosten, Unsicherheit und die Sorge um Arbeitsplätze beschäftigen viele Menschen. Wenn wir nichts tun, zahlen am Ende die hart arbeitende Mitte, die Betriebe und die kommenden Generationen die Rechnung.

Vertrauen entsteht nicht durch große Ankündigungen, sondern durch konkrete Lösungen. Dazu gehören stabile Beiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung, weniger Bürokratie, steuerliche Entlastungen und solide Finanzen. Unser Ziel ist Wachstum ohne neue Schulden. Dafür haben wir in dieser Sitzungswoche wichtige Schritte auf den Weg gebracht. Über diese und weitere Themen möchte ich Ihnen in diesem Newsletter einen Überblick geben. Wie immer freue ich mich über Ihre Ideen, Anregungen und Rückmeldungen.

Ich wünsche Ihnen und Euch ein schönes Pfingstwochenende!

Ihre



Dr. Hülya Düber

Deutschland muss krisenfester werden

Hochwasser, Stromausfälle, Cyberangriffe, Terroranschläge oder militärische Konflikte: Die möglichen Krisenszenarien sind vielfältig. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass Staat, Behörden, Hilfsorganisationen und Bürgerinnen und Bürger im Ernstfall gut vorbereitet sind. Deshalb hat die Bundesregierung den **Pakt für Bevölkerungsschutz** auf den Weg gebracht.

In einer Aktuellen Stunde hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche über die neue Sicherheitsarchitektur beraten. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Deutschland widerstandsfähiger werden kann – durch bessere Ausstattung, klare Zuständigkeiten, mehr Koordination und eine engere Verzahnung von ziviler und militärischer Verteidigung.

Der Pakt für Bevölkerungsschutz folgt einem klaren Dreiklang: **Auftrag, Ausstattung und Ausbildung**. Bis 2029 sollen unter anderem zusätzliche Spezialfahrzeuge, Schutzanzüge, Notstromaggregate und Feldbetten beschafft werden. Auch Schutzräume sollen erfasst und künftig besser in Warnsysteme wie die **NINA-Warnapp** eingebunden werden. Im Bundesinnenministerium wird außerdem eine neue Stabsstelle „Kommando zivile Verteidigung“ eingerichtet, um zivile und militärische Strukturen besser miteinander zu verknüpfen. Besonders wichtig ist dabei die Zusammenarbeit zwischen **Bund, Ländern und Kommunen**. Denn Bevölkerungsschutz funktioniert nur, wenn Abläufe im Ernstfall klar sind, Informationen schnell weitergegeben werden und Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Gerade vor Ort müssen Sirenen, Warnsysteme, Notfallpläne und Anlaufstellen verlässlich funktionieren.

Zur Krisenvorsorge gehört aber nicht nur die staatliche Seite. Auch Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wie sie sich im Ernstfall verhalten können: Wo gibt es Schutzräume oder Notunterkünfte? Wie funktionieren Warnsysteme? Was gehört zur persönlichen Vorsorge? Deshalb sollte Bevölkerungsschutz stärker im Alltag verankert werden – auch in Schulen. Junge Menschen können dort lernen, wie Warnungen funktionieren, wie Erste Hilfe geleistet wird und wie man in Krisensituationen richtig reagiert.

Ein unverzichtbarer Bestandteil des Bevölkerungsschutzes bleibt das Ehrenamt. Ohne die vielen Helferinnen und Helfer bei Feuerwehr, THW, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen wäre Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland nicht denkbar. Sie brauchen gute Ausstattung, verlässliche Strukturen und die Wertschätzung, die ihrem Einsatz entspricht.



Apotheken vor Ort stärken

Apotheken sind eine zentrale Säule der wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Sie beraten, versorgen mit Arzneimitteln und sind für viele Menschen eine der ersten Anlaufstelle im Gesundheitssystem. Gerade im ländlichen Raum ist es wichtig, diese Strukturen zu erhalten und zu stärken. Deshalb haben wir das **Gesetz zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung** beschlossen.

Mit dem Gesetz verbessern wir die Rahmenbedingungen für inhabergeführte Apotheken, bauen Bürokratie ab und schaffen mehr Flexibilität in der Versorgung. So wird unter anderem der Betrieb von **Zweigapotheken in abgelegenen Ortsteilen** erleichtert, wenn eine Haupt- oder Filialapotheke räumlich nahe gelegen ist. Gleichzeitig bleibt klar, dass es keine dauerhafte „Apotheke ohne Apotheker“ geben wird. Vorgesehen ist lediglich ein zeitlich begrenztes Erprobungsmodell, um Personalengpässe in besonderen Fällen überbrücken zu können.

Wichtig sind auch die neuen Regelungen bei **Lieferengpässen**. Apotheken erhalten mehr Spielraum, wenn ein verordnetes oder rabattiertes Arzneimittel nicht verfügbar ist. Dann kann unter bestimmten Voraussetzungen ein geeignetes vorrätiges Arzneimittel abgegeben werden. Das hilft Patientinnen und Patienten unmittelbar und vermeidet unnötige Verzögerungen.

Außerdem werden sogenannte **Nullretaxationen** begrenzt. Krankenkassen sollen Apotheken bei formalen Fehlern oder fehlenden Nachweisen nicht mehr die vollständige Vergütung verweigern können, wenn die Versorgung ordnungsgemäß erfolgt ist. Auch die Aufhebung des **Skonti-Verbots** stärkt die wirtschaftliche Situation der Apotheken und erleichtert den Einkauf verschreibungspflichtiger Arzneimittel.

Zugleich entwickeln wir die Rolle der Apotheken weiter. Vorgesehen sind neue pharmazeutische Dienstleistungen, etwa zur **Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und tabakassoziierten Erkrankungen**. Auch die Impfmöglichkeiten in Apotheken werden ausgeweitet. Neben Grippe- und COVID-19-Impfungen sollen künftig weitere Schutzimpfungen ohne Lebendimpfstoffe möglich sein, etwa gegen Tetanus oder FSME. Damit können Apotheken noch stärker dazu beitragen, Prävention niedrigschwellig und wohnortnah anzubieten.

Weitere wichtige Punkte sollen ergänzend auf dem Verordnungsweg auf den Weg gebracht werden. Dazu gehören die **Erhöhung des Apothekenhonorars** und strengere Regeln für den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln. Das sogenannte Fixum soll zum 1. Juli 2026 zunächst auf 9 Euro und zum 1. Januar 2027 auf 9,50 Euro steigen. Nach Jahren steigender Kosten ist das ein wichtiger Schritt, um die wirtschaftliche Stabilität der Apotheken zu verbessern.

Auch bei **Biosimilars** stärken wir die Versorgungssicherheit. Durch den befristeten Ausschluss exklusiver Rabattverträge sollen Marktkonzentrationen verhindert und Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern verringert werden.

Unser Ziel ist, dass sich die Menschen auch künftig auf eine sichere, kompetente und wohnortnahe Arzneimittelversorgung verlassen können – in der Stadt genauso wie auf dem Land.

Tabus aufbrechen – Frauengesundheit stärken

Frauen leben im Durchschnitt länger als Männer. Und trotzdem sind sie nicht automatisch gesünder. Im Gegenteil: Viele gesundheitliche Beschwerden werden bei Frauen später erkannt, schlechter erforscht oder weniger passgenau behandelt. Genau hier setzt die Debatte um den sogenannten **Gender Health Gap** an.

Beim „Ladies‘ Circle“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ging es in dieser Woche deshalb um ein Thema, das viel zu lange zu wenig Aufmerksamkeit bekommen hat: **Frauengesundheit**. Gemeinsam mit Expertinnen aus Medizin, Wissenschaft und Forschung wurde deutlich, wie groß der Handlungsbedarf ist.

Denn Frauengesundheit bedeutet weit mehr als Schwangerschaft, Geburt oder Wechseljahre. Es geht um alle Bereiche der Medizin. Herz-Kreislauf-Erkrankungen zeigen sich bei Frauen häufig anders als bei Männern. Endometriose wird oft erst nach Jahren diagnostiziert. Medikamente werden noch immer nicht immer ausreichend geschlechtsspezifisch getestet. Für Patientinnen kann das ganz konkrete Folgen haben: späte Diagnosen, falsche Einschätzungen und Behandlungen, die nicht optimal wirken.

Ein Grund dafür liegt in der Geschichte der medizinischen Forschung. Lange galt der männliche Körper als Standard. Frauen wurden aus Studien teils ausgeschlossen, angeblich zu ihrem Schutz. Was gut gemeint war, hat bis heute Folgen: Es fehlen Daten, Wissen und Aufmerksamkeit für spezifische Krankheitsverläufe bei Frauen.

Auch in Führungspositionen des Gesundheitswesens gibt es Nachholbedarf. Zwar studieren heute viele Frauen Medizin und arbeiten als Ärztinnen. In den Chefetagen von Kliniken und Forschungseinrichtungen sind sie aber weiterhin deutlich seltener vertreten. Dabei ist ihre Perspektive wichtig, damit geschlechtsspezifische Fragen in Forschung, Versorgung und Prävention stärker berücksichtigt werden.

Gleichzeitig übernehmen viele Frauen im Alltag besonders viel Verantwortung für andere: in der Familie, in der Pflege oder im Beruf. Die eigene Gesundheit rückt dabei oft an letzte Stelle. Deshalb braucht es mehr Aufklärung, niedrigschwellige Präventionsangebote und eine Gesundheitsversorgung, die Frauen in ihren unterschiedlichen Lebensphasen besser erreicht.

Frauengesundheit darf kein Randthema bleiben. Wer gute Medizin für alle will, muss Unterschiede ernst nehmen, Forschungslücken schließen und Tabus aufbrechen. Genau dafür wollen wir weiter sensibilisieren.



Schwerpunkte der Sitzungswoche

In dieser Sitzungswoche haben wir im Deutschen Bundestag eine Reihe wichtiger Vorhaben beraten und beschlossen. Im Mittelpunkt standen dabei Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger, bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen, weniger Bürokratie und eine verlässlichere Versorgung vor Ort.

Ein Beispiel dafür ist das Gesetz zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung, mit dem wir die wohnortnahe Arzneimittelversorgung stärken. Mehr dazu lesen Sie im eigenen Beitrag in diesem Newsletter.

Wir stärken den Luftverkehrsstandort Deutschland

Mit der **Absenkung der Luftverkehrsteuer** haben wir ein wichtiges Signal für den **Luftverkehrsstandort Deutschland** gesetzt. Die Steuer wird wieder auf das gesetzliche Niveau vor der Erhöhung durch die Ampel zum 1. Mai 2024 zurückgeführt.

Das ist ein wichtiger Schritt, um die **Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Luftfahrt** zu stärken, **Arbeitsplätze zu sichern** und zusätzliche Belastungen für Reisende und Unternehmen zu begrenzen. Flughäfen, Airlines, Tourismus, Logistik und viele mittelständische Betriebe hängen unmittelbar an einer leistungsfähigen Luftverkehrsinfrastruktur. Wenn Fliegen in Deutschland im europäischen Vergleich immer teurer wird, schwächt das nicht nur den Standort, sondern verlagert Verkehr und Wertschöpfung ins Ausland.

Gerade angesichts hoher Kosten und angespannter internationaler Rahmenbedingungen ist es richtig, unnötige Belastungen zurückzunehmen. Eine starke Luftverkehrswirtschaft ist wichtig für Geschäftsreisen, Urlaub, Frachtverkehr und die internationale Anbindung unseres Landes. Mit der Absenkung der Luftverkehrsteuer sorgen wir für Entlastung und setzen ein klares Zeichen für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Wir bauen Bürokratie ab und machen Verwaltung einfacher

Mit dem Gesetz zum **Bürokratieabbau im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern** reduzieren wir unnötige **Nachweis-, Dokumentations- und Verfahrenspflichten**. Das entlastet Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung selbst.

Künftig sollen Verwaltungsverfahren **schneller und digitaler** ablaufen. Vom Antrag bis zur Nachweiserbringung soll die Kommunikation mit Behörden in vielen Bereichen **ohne Schriftformerfordernis** möglich werden. Auch Aufbewahrungs- und Nachweispflichten werden verkürzt. Das spart Zeit, reduziert Papieraufwand und macht Verfahren praxistauglicher.

Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet das **weniger komplizierte Abläufe** und weniger unnötige Wege. Für Unternehmen bedeutet es **mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit** statt für Formulare und Nachweise. Und auch die Verwaltung selbst wird entlastet, weil Ressourcen dort eingesetzt werden können, wo sie wirklich gebraucht werden.

Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck. Er ist Voraussetzung für einen Staat, der handlungsfähig bleibt und den Menschen das Leben nicht unnötig schwer macht. Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht eine Verwaltung, die **digitaler, schneller und verständlicher** arbeitet.

Wir stärken den Rechtsstaat vor Ort

Mit dem Gesetz zur **Förderung und Modernisierung des Anwaltsnotariats** stärken wir einen wichtigen Pfeiler unseres Rechtsstaats. Anwältinnen und Anwälte, die zugleich notarielle Aufgaben übernehmen, erhalten modernere, praxistauglichere und digitalere Rahmenbedingungen.

Gerade im ländlichen Raum ist eine verlässliche notarielle Versorgung wichtig. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen auch künftig unkompliziert Zugang zu notariellen Dienstleistungen haben. Das Gesetz verbindet deshalb **Bürokratieabbau, Digitalisierung und Rechtssicherheit**.

Wir setzen europäische Ökodesign-Regeln mittelstandsfreundlich um

Auch die umweltgerechte Gestaltung von Produkten war Thema der Sitzungswoche. Mit dem Gesetz zur Umsetzung der neuen europäischen Regelungen zum **Ökodesign** werden Vorgaben für nachhaltigere Produkte in nationales Recht übertragen.

Für uns ist dabei besonders wichtig, dass die Umsetzung **bürokratiearm, mittelstandsfreundlich und ohne nationale Übererfüllung** erfolgt. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen brauchen klare, verlässliche und praktikable Regeln.

In diesem Zusammenhang wurde außerdem eine Anpassung am Gebäudeenergiegesetz auf den Weg gebracht. Damit schaffen wir Rechtssicherheit beim Heizungseinbau, bis das neue Gebäudemodernisierungsgesetz greift.

Wir vereinfachen Behördengänge für Familien

Mit dem **antragslosen Kindergeld** haben wir ein weiteres wichtiges Vorhaben in erster Lesung auf den Weg gebracht. Künftig sollen werdende Eltern in vielen Fällen keinen eigenen Antrag auf Kindergeld mehr stellen müssen.

Zunächst soll das Verfahren für Geburten ab dem zweiten Kind gelten, später auch für erstgeborene Kinder. Das ist eine spürbare Entlastung für Familien in einer ohnehin besonderen und oft herausfordernden Lebensphase. Zugleich ist es ein konkreter Schritt hin zu einer **modernen, digitalen und bürgerfreundlichen Verwaltung**.

Wir fördern den Spitzensport

Mit dem **Sportfördergesetz** stärken wir den Spitzensport in Deutschland. Wer sportlichen Erfolg will, muss Strukturen schaffen, die Leistung ermöglichen: modern, transparent und langfristig verlässlich.

Dabei geht es nicht nur um Medaillen. Sport steht für **Teamgeist, Fairness, Disziplin und Zusammenhalt**. Er erreicht Millionen Menschen in unserem Land und leistet einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Deshalb wollen wir Athletinnen und Athleten bessere Rahmenbedingungen geben und Deutschland als Sportnation wieder stärker machen.

Bundesweiter Ehrentag: Demokratie funktioniert nur mit Menschen, die mitmachen

Am 23. Mai begeht Deutschland erstmals den bundesweiten Ehrentag. Er fällt bewusst auf den Geburtstag unseres Grundgesetzes und rückt Menschen in den Mittelpunkt, ohne die unser Gemeinwesen nicht funktionieren würde: die vielen Ehrenamtlichen in Vereinen, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Kirchen, Initiativen, Sportvereinen und kommunalen Strukturen.

In Deutschland engagieren sich rund **27 Millionen Menschen ehrenamtlich**. Diese Zahl zeigt eindrucksvoll, wie stark der Zusammenhalt in unserem Land ist. Hinter ihr stehen Menschen, die Verantwortung übernehmen, ihre Freizeit investieren und oft über viele Jahre hinweg für andere da sind. Sie trainieren Kinder- und Jugendmannschaften, organisieren Vereinsfeste, löschen Brände, begleiten ältere Menschen, sammeln Lebensmittel für Bedürftige, helfen in Krisenlagen oder halten kulturelles und sportliches Leben vor Ort lebendig.

Demokratie lebt nicht nur von Institutionen, Parlamenten und Gesetzen. Sie lebt vor allem von Menschen, die sich einbringen, mitgestalten und füreinander Verantwortung übernehmen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen, großer Unsicherheiten und hitziger öffentlicher Debatten ist das Ehrenamt ein starkes Gegenbild: Hier wird nicht nur geredet, hier wird angepackt. Hier entstehen Begegnung, Vertrauen und Zusammenhalt.

Besonders vor Ort zeigt sich, wie unverzichtbar dieses Engagement ist. Ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Sport- oder Schützenverein, bei den Tafeln, in der Nachbarschaftshilfe, im Rettungsdienst, in der Bahnhofsmision, in Kirchen, Kulturvereinen oder in der Jugendarbeit – überall dort wird unser Gemeinwesen jeden Tag ganz konkret getragen. Ehrenamtliche sind damit ein Motor unserer Demokratie und ein wichtiger Teil dessen, was unser Land lebens- und liebenswert macht.

Wertschätzung allein reicht dabei nicht aus. Wer sich freiwillig engagiert, darf nicht an Formularen, unübersichtlichen Vorgaben oder überzogenen Nachweispflichten verzweifeln. Viele Vereine und Organisationen kämpfen mit bürokratischen Hürden, steigenden Kosten, Nachwuchssorgen und den Folgen des demografischen Wandels. Deshalb müssen wir die Engagierten nicht nur würdigen, sondern sie auch konkret entlasten.

Dazu gehören **weniger Bürokratie, klare und praxistaugliche Regeln, bessere Unterstützung für Vereine und Organisationen sowie mehr Anerkennung** für diejenigen, die sich oft über viele Jahre hinweg engagieren. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte **Zukunftspakt Ehrenamt** ist dafür ein wichtiger Ansatz. Er muss mit Leben gefüllt werden, damit freiwilliges Engagement einfacher statt komplizierter wird.

Der bundesweite Ehrentag ist deshalb mehr als ein symbolisches Datum. Er macht sichtbar, was viel zu oft selbstverständlich erscheint: Ohne Ehrenamt wäre unser Land ärmer, kälter und weniger demokratisch. Allen, die sich Tag für Tag für andere einsetzen, gilt mein herzlicher Dank!

Austausch mit Studierenden der HdBA im Deutschen Bundestag

Am Montag führte eine Exkursion **Studierende der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit** im Rahmen ihrer Wahlpflichtmodulwoche nach Berlin. Im Paul-Löbe-Haus habe ich in Vertretung der AG Arbeit und Soziales der Unionsfraktion an einem Gespräch mit den Studierenden teilgenommen.

Im Mittelpunkt standen leistungsrechtliche Fragen rund um Arbeitslosengeld, Bürgergeld und Grundsicherung. Daneben ging es auch um aktuelle Gesetzesänderungen, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und um ein Thema, das die Arbeitswelt zunehmend prägt: Künstliche Intelligenz. Gerade mit Blick auf die spätere Arbeit der Studierenden in der Bundesagentur für Arbeit wurde deutlich, wie wichtig es ist, technologische Entwicklungen verantwortungsvoll zu nutzen und dabei den Menschen weiterhin in den Mittelpunkt zu stellen.

Besonders spannend war der Austausch, weil die Studierenden viele Themen nicht nur theoretisch, sondern mit Blick auf ihre künftige berufliche Praxis diskutiert haben. Solche Gespräche zeigen, wie wichtig der Dialog zwischen Parlament, Verwaltungspraxis und Ausbildung ist.



Abschlussfahrt nach Berlin: Besuch im Deutschen Bundestag

Am Dienstag durfte ich Schülerinnen und Schüler der **Drei-Linden-Schule aus Höchberg** im Deutschen Bundestag begrüßen. Die Klassenstufe 9 war im Rahmen ihrer Abschlussfahrt nach Berlin gekommen – ein großartiges Ziel, um Politik und Demokratie aus nächster Nähe zu erleben.

Im Gespräch zeigte sich schnell, wie gut die Schülerinnen und Schüler vorbereitet waren: Sie brachten viele kluge, gezielte und interessierte Fragen zur Arbeit im Parlament mit. Daraus entstand ein lebendiger Austausch über Demokratie, politische Entscheidungsprozesse und den Alltag einer Abgeordneten.

Ein herzliches Dankeschön gilt auch den engagierten Lehrkräften, die den Besuch begleitet und möglich gemacht haben. Solche Begegnungen zeigen, wie wichtig politische Bildung ist und wie viel Interesse junge Menschen an Politik mitbringen.



Dr. Hülya Düber MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • (030) 227 – 71447
huelya.dueber@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Steinachstr. 3b • 97082 Würzburg • Tel. (0931) 4679 172